

Rhein-Berg/Rösrath. Für ein Ende des Nachtflugs in Köln/Bonn ab 2030 setzen sich Fluglärmgegner aus mehreren Kommunen ein. Unter dem Namen „Bürger gegen den Nachtflug“ haben sich lokale Initiativen aus Bergisch Gladbach, Rösrath und Overath zusammengeschlossen, sie nennen ihr Projekt kurz und bündig „Köln-Bonn 2030“. Damit schalten sie sich nun in den Kommunalwahlkampf ein. Soeben haben sie einen offenen Brief an die Bürgermeisterkandidaten in Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath und Kürten verschickt: Diese sollen Position beziehen und erklären, ob sie den Vorstoß unterstützen.

„Die Leute sind jetzt auch bereit, aufzustehen und gegen den Nachtflug einzutreten

Dieter Stephan, Vorsitzender Bürgerverein Fluglärmenschutz Rösrath

Die Hürde für die Kandidaten ist dabei relativ niedrig: Von ihnen ist zunächst kein definitives Nein zum Nachtflug gefordert, sie sollen sich aber für einen „transparenten und fairen öffentlichen Diskussionsprozess“ aussprechen. Dieser soll „eine Abwägung der gegenläufigen Interessen“ ermöglichen, wie es in dem offenen Brief heißt. Hintergrund ist die Befürchtung, die Entscheidung über eine Neuregelung ab 2030 könnte erneut ohne Beteiligung der Betroffenen erfolgen – wie bei der letzten Verlängerung des Nachtflugs. Nach dem Willen der „Bürger gegen den Nachtflug“ sollen die wirtschaftlichen Interessen wie auch die Belange der lärmgeplagten Anwohner berücksichtigt werden.

Den Anstoß für das Projekt „Köln-Bonn 2030“ hat der Bürgerverein Fluglärmenschutz Rösrath gegeben – in dem Verein engagiert sich auch die Kleineiche-



Gegen Verlängerung in der Nacht

Bürgerinitiativen wollen Nachtflug ab 2030 stoppen und vorzeitige Ministerentscheidung verhindern

Foto: dpa

WEITER LÄRM DURCH NEUE ABFLUGROUTE

Ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Flugsicherung (DFS) führen Vertreter der Stadt Rösrath und Fluglärmgegner am Donnerstag, 6. August. Bei dem abendlichen Treffen geht es um die 2019 geänderte Abflugroute über dem Königsforst, die für Anwohner in Kleineichen und Forsbach deutlich stärkeren Lärm bedeutet. Die Stadt dringt daher ebenso wie die

Rösrather Fluglärmgegner darauf, die bis Juni 2019 maßgebliche Königsforstroute wiederherzustellen. Der Stadtrat hat das einstimmig verlangt und damit einen Bürgerantrag der Kleineichener Interessengemeinschaft Fluglärmenschutz unterstützt. Verantwortlich für die Flugroute ist die DFS, um einen Gesprächstermin hat sich die Stadt seit langem bemüht. (tr)

ner Interessengemeinschaft Fluglärmenschutz, die sich aktuell insbesondere auch für eine Rückkehr zur früheren Abflugroute über dem Königsforst einsetzt (siehe Kasten). Für ihren Vorstoß haben die Rösrather Ak-

tiven inzwischen Unterstützer aus Bergisch Gladbach-Bensberg, -Frankenforst und -Herkenrath gewonnen sowie aus Overath und Immekeppel. „Die Situation ist so günstig wie nie zuvor“, glaubt Dieter Stephan,

Vorsitzender des Bürgervereins Fluglärmenschutz Rösrath. Das Umweltbewusstsein der Bürger sei gewachsen. „Die Leute sind jetzt auch bereit, aufzustehen und gegen den Nachtflug einzutreten“, stellt er fest.

Optimistisch stimmt ihn auch der breite Schulterschluss von Aktiven. Neben der neuen Plattform „Bürger gegen den Nachtflug“ in Rhein-Berg verfolgen Fluglärmgegner im Rhein-Sieg-Kreis und anderswo in der Region das gleiche Anliegen – die Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn e. V. engagiert sich in dieser Sache. „Je mehr Kommunen sich zusammenschließen, desto größer wird die Chance, sich in Düsseldorf durchzusetzen“, meint Stephan. Eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Horst Becker

Gegen Verlängerung in der Nacht

Bürgerinitiativen wollen Nachtflug
ab 2030 stoppen und vorzeitige
Ministerentscheidung verhindern



WEITER LÄRM DURCH NEUE ABFLUGROUTE

Ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Flugsicherung (DFS) führen Vertreter der Stadt Rösrath und Fluglärmgegner am Donnerstag, 6. August. Bei dem abendlichen Treffen geht es um die 2019 geänderte Abflugroute über dem Königsforst, die für Anwohner in Kleineichen und Forsbach deutlich stärkeren Lärm bedeutet. Die Stadt dringt daher ebenso wie die

Rösrather Fluglärmgegner darauf, die bis Juni 2019 maßgebliche Königsforstroute wiederherzustellen. Der Stadtrat hat das einstimmig verlangt und damit einen Bürgerantrag der Kleineichener Interessengemeinschaft Fluglärmenschutz unterstützt. Verantwortlich für die Flugroute ist die DFS, um einen Gesprächstermin hat sich die Stadt seit langem bemüht. (tr)

ner Interessengemeinschaft Fluglärmenschutz, die sich aktuell insbesondere auch für eine Rückkehr zur früheren Abflugroute über dem Königsforst einsetzt (siehe Kasten). Für ihren Vorstoß haben die Rösrather Ak-

tiven inzwischen Unterstützer aus Bergisch Gladbach-Bensberg, -Frankenforst und -Herkenrath gewonnen sowie aus Overath und Immekeppel. „Die Situation ist so günstig wie nie zuvor“, glaubt Dieter Stephan,

Vorsitzender des Bürgervereins Fluglärmenschutz Rösrath. Das Umweltbewusstsein der Bürger sei gewachsen. „Die Leute sind jetzt auch bereit, aufzustehen und gegen den Nachtflug einzutreten“, stellt er fest.

Optimistisch stimmt ihn auch der breite Schulterschluss von Aktiven. Neben der neuen Plattform „Bürger gegen den Nachtflug“ in Rhein-Berg verfolgen Fluglärmgegner im Rhein-Sieg-Kreis und anderswo in der Region das gleiche Anliegen – die Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn e. V. engagiert sich in dieser Sache. „Je mehr Kommunen sich zusammenschließen, desto größer wird die Chance, sich in Düsseldorf durchzusetzen“, meint Stephan. Eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Horst Becker

und Arndt Klocke (beide Grüne) vom November 2019 und die Antwort der Landesregierung machten die Rösrather Fluglärmgegner darauf aufmerksam, dass ein frühzeitiger Vorstoß in Sachen Nachtflug sinnvoll sein könnte – um nicht wieder vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

„Es kann nicht sein, dass es eine riesige Zahl betroffener Bürger gibt und diese nicht berücksichtigt werden“, sagt Bernhard Meiners von der Kleineichener Interessengemeinschaft Fluglärmenschutz. Nach einer Stellungnahme der Bürgermeisterkandidaten sollen in einem zweiten Schritt auch Gespräche mit den gewählten Bürgermeistern folgen. Sie sollen Ausgangspunkt für eine breite öffentliche Diskussion sein.